

A8 Sicherheit stärken - Demokratie verteidigen

Antragsteller*in: Jakob Gatz (GJ Gotha)

Tagesordnungspunkt: 9. Sonstige Anträge

Antragstext

1 Unserer freiheitlich demokratischer Rechtsstaat erlebt aktuell einen enormen
2 Stresstest. Von Innen wird unsere Demokratie durch das Erstarken der
3 Rechtsextremen Szene bedroht, deren politischer Arm mit der AfD in erschreckend
4 großer Stärke in unseren Parlamenten, die FDGO systematisch angreift. Nachdem
5 zumindest von Teilen der AfD auch eine terroristische Bedrohung (Prinz
6 Reuß/sächsische Separatisten) ausgeht, muss die Einleitung eines
7 Verbotsverfahrens gegen die AfD beim Bundesverfassungsgericht eine notwendige
8 Konsequenz sein.

9 Von außen bedroht Putins immer aggressiveres Russland unsere Freiheit, unseren
10 Frieden und unsere Demokratie, in Zusammenarbeit mit der AfD. Putins Russland
11 greift mittlerweile auch mit Hackerangriffen, Spionage und klassischen
12 Sabotageakten unsere kritische Infrastruktur an. Im Anlitz einer potenziellen
13 kriegerischen Auseinandersetzung mit deutscher Beteiligung ist es ein
14 unhaltbarer Zustand, dass der Zivilschutz de facto nicht da ist, um die
15 Zivilbevölkerung nicht mal ansatzweise zu schützen.

16 Auch der radikale Islamismus stellt immer noch eine signifikante Bedrohung für
17 unsere öffentliche Sicherheit dar. Dachverbände von Moscheen aus dem Ausland,
18 wie zum Beispiel DITIB gilt es genauer zu beobachten, um zu verhindern, dass
19 sich die Ideologie des Islamismus nicht ungehindert verbreiten kann.

20 Besorgniserregend ist der immer größer werdende Antisemitismus in der
21 Gesellschaft, gerade nach der Eskalation des Nahost Konflikts. Für uns muss
22 alleine schon, auf Grund unserer Geschichte klar sein, Antisemitismus hat bei
23 uns kein Platz, egal aus welcher Richtung dieser kommt. Die berechtigte Kritik
24 an dem harten Vorgehen Israels in Gaza rechtfertigt nicht, das Existenzrecht
25 Israels in Frage zu stellen und JüdInnen wegen ihrer Religion zu bedrohen und
26 anzugreifen.

27 Anstatt sich und die wirklichen Probleme, unserer Sicherheit zu kümmern,
28 missbraucht der neue Innenminister Dobrinth die Bundespolizei für ideologische
29 Projekte. Die Bundespolizei hat schon jetzt zu wenig Personal, um ihre
30 eigentlichen Aufgaben (Schutz der kritischen Infrastruktur) zu gewährleisten.
31 Die Einführung dauerhafter Grenzkontrollen hat zur Folge, dass es ungenügend
32 PolizistInnen gibt, die unsere Kritische Infrastruktur schützen in einer Zeit,
33 wo die Bedrohung durch Sabotage und Spionage deutlich zugenommen hat. Statt
34 ideologischen Missbrauch wollen wir die Bundespolizei weiterhin und viel
35 stärker, auf Grund der aktuellen Bedrohungslage, zum Schutz der kritischen
36 Infrastruktur einsetzen.

37 Außerdem fordern wir, dass dringend bei der Cybersicherheit aufgeholt werden
38 muss, da auch das ein Mittel der hybriden Kriegsführung ist, die Putins Russland
39 aber auch China mittlerweile gegen uns anwenden.

Begründung

Mündlich